

36
77

Union in Deutschland

Bonn, den 27. Oktober 1977

Die CDU bleibt weiter vorn

Das Ergebnis der Teilkommunalwahlen in Niedersachsen bedeutet für die CDU einen großen Erfolg, erklärte Helmut Kohl. Mein herzlichster Dank gilt allen Kandidaten, Helfern und der CDU-Führung in Niedersachsen, die dazu beigetragen haben, daß die Union ein so gutes Resultat erzielen konnte.

Die CDU bleibt damit in den Kommunalparlamenten und in den Kreistagen weiter auf dem Vormarsch. Was sich bereits bei früheren Kommunalwahlen zeigte, hielt auch in Niedersachsen an: Die harte Arbeit der CDU in den Städten, Gemeinden und Kreisen wird vom Bürger honoriert.

Wer glaubt, die Demonstrationen gegen die geplante Errichtung eines Kernkraftwerkes in Grohnde und von Entsorgungsanlagen in Gorleben würden für die Union abträglich sein, wurde eines Besseren belehrt. Damit erhält das am Sonntag erzielte Wahlergebnis seine Bedeutung, die weit über den lokalen Rahmen hinausführt. Die Landesregierung in Niedersachsen unter Ministerpräsident Ernst Albrecht und der CDU-Landesverband unter Führung von Wilfried Hasselmann dürfen das Resultat als eine Bestätigung und Ermutigung für ihre Arbeit auffassen.

■ TERRORISMUS

Helmut Kohl stellt fest:
Solidarität muß für alle gelten.

Seite 3

Die Klärung der Ursachen muß weiter gehen. Hierzu nimmt Heiner Geißler Stellung.

Seite 7

■ STEUERN

Im Vermittlungsausschuß setzte die Union den Tariffreibetrag durch. Dadurch wird die Überbesteuerung gemildert.

Seite 5

■ TELEFON

Erweiterte Nahbereiche sind auch ohne Zeittakt möglich.

Seite 12

■ PARTEITAG

Auf dem Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Offenburg wies Ministerpräsident Filbinger die Vorwürfe von SPD und FDP als pure Heuchelei zurück.

Seite 13

■ BETRIEBSRATSWAHLEN

Eine Stellungnahme von Norbert Blüm zu den im Frühjahr nächsten Jahres stattfindenden Wahlen.

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die Ergebnisse des Hamburger Kongresses über die Zukunftschancen der Jugend. Grüner Teil

Das Wahlergebnis aus Niedersachsen

		KW		BW	LW
		1977	1976	1976	1976
Wahlberechtigte		1 958 125	1 944 437	1 955 092	1 926 361
Wähler		1 470 188	1 780 183	1 791 476	1 635 821
Wahlbeteiligung		75,1	91,6	91,6	84,1
Ungültige Stimmzettel		17 126	35 182	44 613	15 031
Gültige Stimmzettel		1 453 062	1 745 001	1 746 863	1 620 790
Gültige Stimmen		4 297 931	1 745 001	1 746 863	1 620 790
Sitze		948	—	—	—
CDU	Stimmen	2 116 195	848 741	818 661	811 611
	Prozent	49,2	48,6	46,9	50,0
	Sitze	464	—	—	—
SPD	Stimmen	1 812 210	765 057	786 852	680 771
	Prozent	42,2	43,8	45,0	42,0
	Sitze	401	—	—	—
FDP	Stimmen	261 407	123 540	130 959	111 531
	Prozent	6,1	7,1	7,5	6,8
	Sitze	60	—	—	—
DKP	Stimmen	12 844	1 456	3 377	5 401
	Prozent	0,3	0,1	0,2	0,3
	Sitze	1	—	—	—
FU	Stimmen	27 713	—	—	—
	Prozent	0,6	—	—	—
	Sitze	7	—	—	—
NLP	Stimmen	233	—	—	—
	Prozent	0,0	—	—	—
	Sitze	0	—	—	—
NPD	Stimmen	9 142	1 465	4 704	11 461
	Prozent	0,2	0,1	0,3	0,7
	Sitze	2	—	—	—
Wählergemeinschaft	Stimmen	47 143	4 406	—	—
	Prozent	1,1	0,3	—	—
	Sitze	11	—	—	—
Einzelbewerber	Stimmen	11 044	336	—	—
	Prozent	0,3	0,0	—	—
	Sitze	2	—	—	—

(KW = Kommunalwahl, BW = Bundestagswahl, LW = Landtagswahl)

In Niedersachsen wurde erstmals ein neuer Wahlmodus angewandt, bei dem jeder Wähler drei Stimmen hatte, die er auf einen Bewerber konzentrieren oder auf verschiedene Kandidaten verteilen konnte.

Helmut Kohl:

Solidarität muß für alle gelten

In seinem Bericht zur politischen Lage vor der Bundestagsfraktion (25. 10. 1977) erklärte Helmut Kohl zur andauernden antideutschen Kampagne im Ausland:

Die gleichzeitig und schlagartig eingesetzte antideutsche Kampagne mit ihren Schwerpunkten in Frankreich, Italien und Griechenland ist das Werk bestimmter interessierter Kreise.

Wir erleben bereits seit Wochen eine heftige Verleumdungskampagne der Sowjetunion und der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, wie sie seit 1970 ohne Beispiel ist. Kübel von Unrat werden täglich anlässlich der Kappler-Entführung, des Vorfalles an der Münchner Bundeswehrhochschule und anderer Ereignisse über die Bundesrepublik Deutschland ausgeschüttet, ohne daß sich der Bundeskanzler und die Bundesregierung bis heute öffentlich dagegen verwahrt haben.

Niemand kann überrascht sein, wenn nun auch in den westeuropäischen Staaten mit starken kommunistischen Parteien und links-anarchistischen Gruppen eine ebenso üble antideutsche Hetze eingesetzt hat.

Diese gezielte Diffamierung und die Terrorakte gegen deutsche Einrichtungen im Ausland dienen in beiden Fällen dem gleichen Ziel: das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland weltweit zu schädigen und unser Land in Europa und international zu isolieren. Hier arbeiten Kommunisten im Osten Hand in Hand mit ihren Bruderparteien im Westen. Terroristen und Anarchisten spielen dabei eine nützliche Rolle.

Wir dürfen und werden deshalb auch nicht in den Fehler verfallen, diese antideutsche Kampagne bestimmter Kreise mit den politischen Absichten und Denken der Franzosen, Italiener oder Griechen schlechthin gleichzusetzen. Wir sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit dieser Völker der demokratischen Gesinnung des deutschen Volkes vertrauen und mit uns im Kampf gegen den Terrorismus einig sind.

Die Wirkung der antideutschen Kampagne hängt aber auch maßgeblich vom Verhalten der politisch Verantwortlichen in unserem Land selbst ab. Die verantwortliche Zusammenarbeit aller Demokraten in den zurückliegenden Wochen ist auch im Ausland nicht ohne Eindruck geblieben.

Ich warne deshalb davor, angesichts der Ereignisse in Stammheim diese überzeugende und wirkungsvolle Solidarität aller Parteien im konkreten Handeln leichtfertig wieder aufs Spiel zu setzen. Wer jetzt wie Ehmke, Bahr, Eppler oder Bange mann versucht, mit voreiliger Kritik und noch vor Abschluß der Untersuchungen, die wir alle nachhaltig und ohne Rücksichtnahme gefordert haben, und nach dem Rücktritt von drei Verantwortlichen parteipolitischen Nutzen zu ziehen, beweist, daß für ihn die Solidarität der Demokraten nur leeres Gerede bleibt.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

■ STEUERN

Erfolg der Union bei Abbau der Überbesteuerung

Die Bundesregierung mußte unter dem Druck von Opposition, Öffentlichkeit und nachlassender Konjunktur von ihrer Politik der ständigen Erhöhung der Abgabenbelastung abgehen. Dies ist ein bedeutsamer Erfolg. Hierzu der Vorsitzende des finanzpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele:

Noch mit ihrem ersten — vor der Sommerpause verabschiedeten — Steuerpaket hatte die Bundesregierung versucht, die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte zu erhöhen und die Hälfte des Mehraufkommens für sich zu vereinnahmen. Im Bundesrat konnte die CDU/CSU durchsetzen, daß die Mehrwertsteuer nur um einen Punkt erhöht wird und dieser Betrag mit Steuersenkungen wieder an den Steuerzahler zurückfließt.

An der insgesamt viel zu hohen Abgabenbelastung änderte dies jedoch nichts. Mit vollem Recht gingen die Proteste gegen die skandalöse Steuerpolitik der Bundesregierung mit unverminderter Härte weiter und zwangen Bundesfinanzminister Apel zu der Ankündigung, daß der Stein des Anstoßes — nämlich der leistungsfeindliche und unsoziale Einkommensteuertarif — geändert werden müsse.

Apel dachte an 1980, aber er machte die Rechnung ohne die Opposition und

die Steuerzahler. Dieses Eingeständnis zwang die Bundesregierung, zusammen mit immer schlechteren Konjunkturnachrichten nach wochenlangem Hin und Her, ein zweites Steuerprogramm anzukündigen. Der sachgerechte Vorschlag der CDU/CSU, das Stabilitätsgesetz mit einem sofortigen 10 %igen Steuerabschlag zur nachhaltigen Ankurbelung der Konjunktur anzuwenden, wurde von SPD und FDP im Bundestag abgelehnt.

Statt dessen legte die Regierungskoalition ein stümperhaftes und gleichmacherisches Stückwerk vor. Sie verspielte damit die Chancen einer wirksamen Konjunkturbelebung. Im Vermittlungsausschuß hat jetzt die Union durch den progressionsmildernden Tariffreibetrag von 510/1 020 DM eine erste Korrektur der leistungsfeindlichen Progressionswirkung durchsetzen können und die sinnlose gleichmacherische Tendenz des Regierungsentwurfs korrigiert. Zu einer sofortigen Reform des Einkommensteuertarifs konnte sich die entschlußlose Regierungskoalition nicht durchringen.

Die CDU/CSU hat sich für die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von 100 auf 400 DM noch für dieses Jahr eingesetzt. Somit konnte zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen- und Lohnsteuerzahler eine Verbesserung des Steuerpakets der Bundesregierung erreicht werden. Die von der Bundesre-

Gegenüberstellung der steuerlichen Entlastungswirkungen (einschl. der Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages)

Jahresbruttolohn	Entlastungen nach:		Mehrentlastungen nach Vermittlungsvorschlag
	Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen bzw. der Bundes- regierung	den Beschlüssen des Vermittlungsausschusses vom 20. Oktober 1977	
Ledige Arbeitnehmer ohne Kinder			
12 000	178,—	244,—	+ 66,—
24 000	214,—	339,—	+ 125,—
36 000	240,—	411,—	+ 171,—
48 000	254,—	449,—	+ 195,—
60 000	260,—	481,—	+ 221,—
Verheiratete Arbeitnehmer (Anzahl der Kinder ohne Einfluß auf die Ergebnisse)			
12 000	290,—	422,—	+ 132,—
24 000	290,—	422,—	+ 132,—
36 000	290,—	422,—	+ 132,—
48 000	328,—	584,—	+ 256,—
60 000	342,—	650,—	+ 308,—

gierung vorgesehene Entlastung von 7,2 Mrd. DM konnte um 3,6 Mrd. DM auf 10,8 Mrd. DM aufgestockt werden.

Die in der Proportionalzone Besteuernten erhalten statt des Freibetrags von 510/1 020 DM einen Freibetrag von 810/1 620 DM (300 DM Grundfreibetrag plus 510 DM Tariffreibetrag). Die progressiv Besteuernten erhalten neben dem für alle gleichen Grundfreibetrag von zusätzlich 300/600 DM den progressionsmildernden Tariffreibetrag von 510/1 020 DM. Dies ist ein erster Schritt zur Umkehr in der Steuerpolitik, zu der die Union die Bundesregierung gezwungen hat.

Gemeinden brauchen angemessenen Ausgleich

Das Steuerpaket 1977 und die jüngsten steuerpolitischen Maßnahmen belasten die Gemeinden mit 3,5 Milliarden DM jährlich, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Horst Waffenschmidt zur ak-

tuellen Finanzsituation der Gemeinden nach Verabschiedung des Steuerkompromisses im Vermittlungsausschuß.

Die Talfahrt der gemeindlichen Investitionen wird sich zum Nachteil der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung fortsetzen, wenn Bund und Länder den Gemeinden keinen angemessenen Ausgleich für die Belastungen gewährleisten. Es besteht die Gefahr eines Investitionsverlustes von rd. zehn Milliarden DM bis 1980.

Eine nachhaltige Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben zum Ausgleich der kommunalen Belastungen ist weder kommunalpolitisch vertretbar noch gesamtwirtschaftlich verantwortbar.

Die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP und der Bundesrat sind jetzt nachdrücklich aufgefordert, die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag auf Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommen- und Lohnsteuer von 14 % auf 15 % zu unterstützen.

■ TERRORISMUS

Die Klärung der Ursachen muß weitergehen

Die Dokumentation „Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland“ hat SPD und FDP getroffen, stellt Heiner Geißler fest. Mit allen Mitteln versuchen sie, diesen Anstoß zu einer klärenden Auseinandersetzung zu stoppen.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ist der Wortführer derer, die ein Zitieren und Redeverbot durchsetzen wollen. Am 19. Oktober 1977 verstieg er sich in einer Rede in Augsburg zu folgender Anschuldigung:

„Wenige Tage später zeigte sich, daß Demagogen in unserem Land als Sympathisanten keineswegs die Helfershelfer ansprechen würden. Sie konzentrieren sich auf andere: zum Beispiel auf Heinrich Böll und Günter Grass, auf Bischof Scharf und Pfarrer Albertz; sie meinen den kritischen Geist in unserem Land überhaupt; sie möchten Gustav Heinemann nachträglich hinrichten; auch den Vorsitzenden der SPD meinen sie, wenn ich das der Vollständigkeit halber hinzufügen darf.“

Es scheint weit gekommen in unserem Land, wenn der kritische Demokrat, wenn der fragende Christ, wenn der unbequeme Mahner, wenn der nachdenklicher Analytiker der Sympathie mit dem Terror bezichtigt werden kann.“

Wir sagen:

Es ist weit gekommen in unserem Land, wenn der SPD-Vorsitzende Willy Brandt

sagt: „Hier wird Angstpropaganda betrieben, die das kriminelle Verhalten einer kleinen Gruppe zur ernstesten Bedrohung für den Staat hochstilisiert. Ich meine: solche kalkulierte Hysterie kann für unser Land folgenschwerer sein als die zeitweiligen Umtriebe einiger politischer Nihilisten.“ (Febr./März 1977)

Es ist weit gekommen in unserem Land, wenn Richard Ebert, Landesvorsitzender der Jungsozialisten Schleswig-Holsteins, sagt: „Es muß erlaubt sein, Baader, Meinhof, Strauß und Carstens in einer Reihe und einem Atemzug zu nennen.“ (22. März 1975)

Es ist weit gekommen in unserem Land, wenn Heinrich Böll sagt: „Es gibt also nicht nur Gewalt auf den Straßen, Gewalt in Bomben, Pistolen, Knüppeln und Steinen, es gibt auch Gewalt und Gewalten, die auf der Bank liegen und an den Börsen hoch gehandelt werden.“ (30. Oktober 1972)

Es ist weit gekommen in unserem Land, wenn Günter Grass sagt: „... wenn man von der Verhältnismäßigkeit ausgeht, ist der Fall Schröppers in seinen Auswirkungen gefährlicher für die parlamentarische Demokratie als der Einzelfall einer linken kriminell gewordenen Gruppe Baader-Meinhof.“

(7. Februar 1972)

Es ist weit gekommen in unserem Land, wenn Heinrich Albertz sagt: „Wer die Mordtaten der Terroristen glaubwürdig verurteilen will, muß zuerst sich selber

fragen, wo er Gewalt ausübt, die Leben zerstört: etwa durch Geldanlagen in Ländern, in denen Menschen gefoltert und liquidiert werden, etwa durch eigene Fahrlässigkeit im Umgang mit der ihm anvertrauten Staatsgewalt, etwa durch Schweigen zu Entwicklungen, die uns wegführen von dem großen Angebot der Freiheit in unserem Grundgesetz.“ (25. August 1977)

Und es ist weit gekommen, wenn die SPD die Diskussion über die Ursachen des Terrorismus tabuisieren und verhindern will.

Eine Auseinandersetzung mit Behauptungen und Erklärungen aus der Vergangenheit ist notwendig, weil das gesprochene Wort, insbesondere das von bedeutenden Persönlichkeiten gesprochene, aus den Köpfen der Menschen nicht mehr zurückgeholt werden kann, weil es ja angekommen ist. Solche Worte müssen jetzt zu einem Stein des Anstoßes werden; des Anstoßes zum verantwortlichen Umgang mit den Worten.

Die Dokumentation der CDU soll erreichen, daß in Zukunft jeder, der Verantwortung trägt, seine Worte besser wägt. Dabei wiederholen wir: Wir bringen niemanden in die Nähe zum Terrorismus, der nicht dahin gehört. Wir wissen, daß diejenigen, die sich geirrt haben und diejenigen, die beschwichtigt haben, nichts mit den aktiven Terroristen und ihren aktiven Helfern zu tun haben.

Aber wir zitieren die Äußerungen der letzten Jahre, weil diese Worte ein geistiges Klima erzeugt haben und ein Gewicht besitzen, das in die Gegenwart und Zukunft weiter wirkt. Dies erweist sich heute besonders auch an den Reaktionen im Ausland auf den Selbstmord der Terroristen. Wenn italienische Studenten die Nachricht von der Ermor-

dung Hanns-Martin Schleyers mit frenetischem Beifall begrüßen, muß dies geistige und ideologische Gründe haben. Und sie haben Zeugen in Deutschland auf die sie sich zur scheinbaren Begründung ihres Hasses berufen können.

Was wir in unserer Dokumentation zitiert haben und was uns die Angriffe von SPD und FDP einträgt, genau das wird heute im Ausland bei den Demonstrationen und Sympathieerklärungen für die Terroristen ebenfalls zitiert: Als Zeugnis für die angebliche Einschränkung der Freiheit und für die Verdächtigung, der Rechtsstaat werde (von der CDU) abgebaut.

Der anerkannte Sozialwissenschaftler Heinz-Dietrich Ortlieb, Mitglied der SPD, schreibt zu den geistigen Ursachen des Terrorismus: „Nachweislich haben diese Intellektuellen jene Vorstellungen von unserer Welt geliefert, welche junge Menschen erfüllt von Optimismusgeist, Aggressionsdrang und Abenteuerlust, als moralische Rechtfertigung für ihren Absprung in den internationalen Terrorismus brauchen. Aber die Macht solcher geistigen Väter ist schwer einzugrenzen. Ihnen selbst wird diffamierende Kritik bis hin zur schreehaften Einstellung der Wirklichkeit nachgesehen. Sie bleiben trotzdem höchst ehrenwerte Männer. Wer es doch wagt, vor ihrem zweifelhaften Handwerk zu warnen, wird sofort als Hexenjagd beschuldigt.“

Wir bekennen uns dazu: In Notzeiten müssen Demokraten Solidarität üben. Daraus darf aber keine große Koalition des Verschweigens werden. Sie würde der Demokratie schaden und die Bewältigung des Terrorismus erschweren. Zur Demokratie gehört die Auseinandersetzung um Gedanken ebenso wie der Wettbewerb um politische Ziele.

■ KOALITION

Steffen tritt für SPD-Spaltung ein

Mindestens 40 Prozent der SPD-Mitglieder treten nach Ansicht des früheren schleswig-holsteinischen Oppositionsführers Jochen Steffen für eine konsequent sozialistische Politik ein. Steffen, der seine Funktion in der SPD niedergelegt hat, erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift „Playboy“, der Zeitpunkt für eine Spaltung „zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten“ sei jetzt gekommen. Eine Partei links von der SPD könne mit 1,5 bis 3 Millionen Wählern rechnen, wenn sie zwei Jahre vor einer Bundestagswahl mit der Arbeit beginne.

Coppick erhält Unterstützung

Manfred Coppick, einer der 16 SPD-MdB, die das Kontaktsperre-Gesetz im Bundestag ablehnten, wurde von seinem Offenbacher Unterbezirksvorstand „konsequentes Eintreten für die demokratischen Freiheitsrechte“ bescheinigt. Auch die Sozialistische Jugend Deutschland, „Die Falken“, unterstützen Coppick: „Nicht Manfred Coppick fällt den Sozialdemokraten in den Rücken, sondern jene Bundestagsabgeordneten, die der CDU und der reaktionären Programstimmung (!) nachgeben.“

Linke Schützenhilfe für FDP-Perspektivkommission

Jetzt hat die FDP schon vier Wirtschaftspapiere: 1. die marktwirtschaftliche Analyse der FDP Saar; 2. die marktwirtschaftliche Beschreibung der Wirtschaftspolitik durch die Wirtschaftskommission; 3. das kaum noch markt-

wirtschaftliche Konzept der Perspektivkommission; 4. die wieder etwas marktwirtschaftlichere Vorstandsvorlage, bei der aber der kontroverse Kern unentschieden bleibt. Da leistet nun ausgerechnet SPD-Flügelmann Horst Ehmke der FDP-Perspektivkommission Schützenhilfe und lobt die „neuen und gegebenenfalls unbequemen Wege“ zur Überwindung der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ — und das noch dazu in der FDP-Zeitschrift „Liberal“. Genscher und Graf Lambsdorff müssen jetzt klar erklären, stellt hierzu MdB Elmar Pieroth fest, daß sie sich ihre Wirtschaftsprogrammatik nicht von der SPD-Linken vorschreiben lassen.

„Familien“-Politik der Kölner SPD

Der SPD-Basis, zumindest im Kölner Raum, ist der derzeit gültige Familienbegriff zu eng. Dies wurde — wie KNA berichtet — bei einem außerordentlichen Parteitag der Kölner SPD zum Thema „Familienpolitik“ deutlich. Wie die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der Kölner SPD, Ute Canaris, erklärte, ging es bei der Veranstaltung darum, den zweiten Entwurf eines familienpolitischen Grundsatzprogramms, der auf dem SPD-Bundesparteitag im November in Hamburg beraten wird, noch in wesentlichen Punkten zu beeinflussen. Die Mehrheit der Kölner Genossen lehnte denn auch die enge Festschreibung des Begriffs „Familie“ auf Eheleute und Kinder ab. Unter Familie sei vielmehr jede auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft eines oder mehrerer Erwachsener mit einem oder mehreren Kindern zu verstehen. Diese Grundsätze jedoch in den Entwurf des familienpolitischen Grundsatzprogramms zu übernehmen, wurde von der ehemali-

gen Familienministerin Katharina Focke abgelehnt. „Sie passen nicht in die Systematik dieses Entwurfs“, betonte sie und warf der SPD-Frauengemeinschaft vor, ihr Grundsatzantrag wolle die Gesellschaft mit Hilfe der Familien verändern. — Die Kölner Delegierten nahmen den Antrag jedoch mit großer Mehrheit an.

Krasse Mißachtung der Elternmitbestimmung

Die von der SPD/FDP-Landesregierung beschlossene landesweite Erprobung der Rahmenrichtlinien Biologie nannte der kulturpolitische Sprecher der hessischen CDU, Bernhard Sälzer (Marburg), einen erneuten Versuch, die weitere Politisierung der Schule gegen die Eltern in Hessen durchzusetzen. Der Landeselternbeirat hatte die Rahmenrichtlinien Biologie mit Zweidrittelmehrheit zweimal abgelehnt, nachdem entsprechende Fachgutachter aus Wissenschaft und Schulpraxis gehört worden waren. Die vorgelegten Rahmenrichtlinien Biologie würden von der hessischen Union auch deshalb abgelehnt, weil sie einen Einheitslehrstoff für alle Schulformen festschrieben. Dies bedeute eine Überforderung beziehungsweise Unterforderung unterschiedlich begabter Schüler. Darüber hinaus stellten die Rahmenrichtlinien Biologie eine Verkürzung des Faches auf einen gesellschaftspolitischen Ansatz dar. Hiermit werde die Biologie auf einen Teilaspekt reduziert, der der Bedeutung des Faches insgesamt in keiner Weise gerecht werde.

Die lieben Genossen . . .

Eine bedeutsame Frage stellte der CSU-Bundestagsabgeordnete Lorenz Niegel in einem Brief an den Parlamen-

tarischen Staatssekretär Dr. Haack vom Bundesbauministerium, in dem es heißt: „Wie ich soeben in Erfahrung bringen konnte, haben Sie in Ihrer Eigenschaft als Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die ‚lieben Genossinnen und Genossen‘ mit Schreiben vom 27. September 1977 davon unterrichtet, welche Projekte nach dem Programm für Zukunftsaufgaben in ihrem jeweiligen Land vom Bundesbauministerium genehmigt wurden. Kann ich Sie fragen, ob dies eine Bevorzugung der Mitglieder der SPD-Fraktion ist und wann die ‚lieben Mitglieder der geduldeten Opposition‘ davon unterrichtet werden? Vielleicht dann, wenn die ‚lieben Genossinnen und Genossen‘ dies vorher in ihrer Lokalzeitung veröffentlicht haben?“

Arbeiter von Grohnde protestieren bei Schmidt

In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt hat der Betriebsrat der auf der Baustelle für das Kernkraftwerk Grohnde beschäftigten Arbeitnehmer Klarheit über den energiepolitischen Kurs der SPD/FDP-Koalition verlangt. Der Betriebsrat wies darauf hin, daß durch den vom Gericht bestätigten Baustopp der Verlust von 450 Arbeitsplätzen drohe. Die Arbeitnehmer schrieben an den Kanzler und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden: „Weder die neuen Wachstumsphilosophien ihres baden-württembergischen Landesvorsitzenden Eppler, noch die Anti-Kernenergie-Haltung ihres schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Jansen werden hier von unseren von Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen verstanden.“

■ VDS-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

SPD und FDP distanzieren sich von der Bundesregierung

Auf Antrag der CDU-CSU-Bundestagsfraktion hat sich der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft nochmals mit den Vorgängen auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in Gießen, wo u. a. eine deutsche Bundesflagge als Fußabtreter benutzt worden ist, und den in höchstem Maße bemerkenswerten Reaktionen von SPD und FDP auf diese Vorgänge befaßt (vgl. Ud 33/77).

Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft die eindeutige Stellungnahme der Bundesregierung auf eine Anfrage von MdB Gerd Langguth zu diesen Vorgängen nachdrücklich begrüßt, in der es heißt:

„Die Bundesregierung mißbilligt aufs schärfste, daß auf der letzten Mitgliederversammlung der VDS solche Ausschreitungen geduldet wurden. Falls der Verband als Repräsentant der Studentenschaften akzeptiert werden will, kann er in seinen Mitgliederversammlungen Handlungen der geschilderten Art nicht dulden.“

Die beiden Koalitionsfraktionen fanden sich zwar bereit, in einem Beschluß zum Ausdruck zu bringen, daß sie ebenso wie die Bundesregierung die Vorgänge auf der letzten Mitgliederversammlung der VDS in Gießen mißbilligen. Sie waren aber nicht bereit, einem

Beschlußantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuzustimmen, in welchem auch ein Teil der Erklärung der Bundesregierung begrüßt wurde, in dem es heißt:

... „daß, falls der VDS als Repräsentant der Studentenschaften akzeptiert werden wolle, der Verband in seinen Mitgliederversammlungen Handlungen der geschilderten Art nicht dulden könne.“

Statt dessen verabschiedeten die beiden Koalitionsfraktionen eine Entschließung, in welcher sie dem VDS attestieren, daß er eine wichtige gesellschaftliche Gruppe sei und daß der VDS durch seine Anteilnahme an der Anhörung im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft am 3. Oktober diese um sachliche Qualität bereichert habe.

Das Verhalten der Koalitionsfraktionen und diese Entschließung sind ein unglaublicher Skandal. Dieses Vorgehen von Herrn Lattmann, Frau Schuchardt und aller anderen Abgeordneten der SPD/FDP-Koalition im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft ist eine eindeutige Distanzierung von der klaren Haltung der Bundesregierung gegenüber dem VDS. Es ist bestürzend, daß die Vorgänge in Gießen bisher nicht dazu geführt haben, daß die Parlamentarier aller Fraktionen im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft dem VDS die Legitimation als Repräsentant der Studentenschaften aufzutreten, aberkannt und insoweit die Haltung der Bundesregierung unterstützt haben.

■ TELEFON

Erweiterte Nahbereiche sind auch ohne Zeittakt möglich

**Ist das Junktim zwischen
erweiterten Nahbereichen und
Zeittakt sachlich berechtigt?
Oder — anders gefragt: Kann es
erweiterte Nahbereiche nur geben,
wenn im Ortstelefonverkehr ein
Zeittakt — also höhere Preise —
eingeführt werden? Die Antwort
vieler Fachleute und die Antwort
der gesamten CDU/CSU-Fraktion
lautet: Es wird höchste Zeit, daß
in den ländlichen Gebieten größere
Gerechtigkeit für die Telefonkunden
Platz greift.**

Das kann und muß geschehen, ohne die bisherigen Vorteile im Telefon-Ortsverkehr zu beseitigen, erklärte Carl Damm in der Bundestagsdebatte zu diesem Thema. Es bedarf keines Zeittaktes im Nahverkehrsbereich, um in den ländlichen Räumen größere Telefonortsnetze zu schaffen.

„Gewinner“ eines Zeittaktes wäre die Post. Geschädigte wären alle Telefonkunden, denn alle sollen künftig für Ortsgespräche mehr zahlen. Aber die Wirtschaft träfe die Gebührenerhöhung weniger hart als die sozial Schwachen, die Alten und die Kranken, für die das Telefon häufig der einzige Außenkontakt ist.

Diese Menschen sind auch die Langtelefonierer, die nach Minister Gscheidle

„zu geradezu mißbräuchlicher Benutzung der teuren Fernverkehrseinrichtungen“ angereizt würden, wenn das Telefonieren nicht verteuert würde.

Und die Telefon-Seelsorge? Plötzlich soll es Sonderregelungen geben. Aber wie, das sagt Kurt Gscheidle nicht. Er weiß nämlich inzwischen, daß allein in München von 200 verschiedenen Anschlüssen aus Telefon-Seelsorge betrieben wird.

Der große Zulauf der Aktion „Billiges Telefon“ beweist, daß es die einfachen und die sozial engagierten Bürger dieses Landes sind, die sich von Herrn Gscheidles Zeittaktplänen bedroht fühlen. Was der Postminister und diese Regierung planen, ist soziale Demontage und Abbau notwendiger Lebensqualität.

Kein Wunder, daß der Vorsitzende der Hamburger SPD-Fraktion am 20. September im NDR sagte: „Wir befürchten, daß durch die Einführung des Zeittaktes den sozialen Randgruppen unserer Gesellschaft insofern schwerer Schaden zugefügt wird, als eben das Telefonieren im Großstadtbereich wesentlich teurer wird.“

Doch der Minister Gscheidle kümmert sich darum nicht. Einmal eingebaute Zeitzähler aber sind für jeden Postminister eine Versuchung, schleichende Gebührenerhöhung durchzuführen. Es ist vor auszusehen, daß es nicht lange bei acht Minuten bleiben wird.

Wir dürfen es deshalb der Post nicht erlauben, ihre Telefonkunden in diesen Zeittakt-Würgegriff nehmen zu können. Die CDU/CSU lehnt den Zeittakt ab. Es gibt keinen Grund, die erweiterten Nahbereiche nicht ohne Zeittakt einzuführen.

■ PARTEITAG BADEN/WÜRTTEMBERG

Hans Filbinger: Kampagne gegen uns ist pure Heuchelei

„CDU — die Kraft zur Erneuerung“. Unter diesem Motto stand der 10. Landesparteitag der baden-württembergischen CDU in Offenburg. Übersattet war dieser Parteitag in der Oberrheinhalle von dem Mord an dem Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer. Der leere Platz des CDU-Mitgliedes Schleyer in der ersten Reihe war mit einem Blumenstrauß geschmückt. „Hier in Offenburg, wo er geboren worden ist, vermissen wir ihn besonders schmerzlich“, sagte Ministerpräsident Hans Filbinger.

In seiner Eröffnungsrede ging Filbinger auch ausführlich auf die Vorgänge in Stammheim ein. Was sich dort herausgestellt habe und noch herausstellen werde, dürfe nicht verharmlost werden. Er kündigte eine eingehende Untersuchung der Vorgänge an. Gleichzeitig wandte sich der Ministerpräsident aber gegen eine von außen gesteuerte Kampagne gegen das Land Baden-Württemberg. „Diejenigen, die bisher keinen Stich gemacht haben, glauben nun, daß ihre Stunde gekommen sei“, meinte Hans Filbinger. Aber die Regierung werde es nicht zulassen, daß die demokratisch gewählten Organe in die Gosse gezogen würden, ehe der wahre Sachverhalt aufgeklärt sei. Es sei pure

Heuchelei, wenn ein Land, dessen Bürger zu 57 Prozent CDU gewählt hätten, jetzt mit Schmutz beworfen würde.

Dem zurückgetretenen Justizminister Traugott Bender zollte der Ministerpräsident seinen hohen Respekt. Er habe für eine Sache seinen Kopf hingehalten, für die er persönlich nichts könne. Auch die Delegierten spendeten dem zurückgetretenen Justizminister einen spontanen Vertrauensbeweis, indem sie ihn mit überwältigender Mehrheit in den Landesvorstand wählten.

Die Wahlen zum Landesvorsitzenden wurden zu einem großartigen Erfolg für Hans Filbinger. Mit 91,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte er sein bisher höchstes Wahlergebnis. Neuer Stellvertreter wurde Fraktionsvorsitzender Lothar Späth. Er löste Eduard Adorno ab, der nicht mehr kandidierte. Den Dank an Minister Adorno sprach Tagungspräsident Erwin Teufel aus, der die großen Verdienste Adornos um die baden-württembergische Partei würdigte. Bestätigt im Amt wurden Generalsekretär Gundolf Fleischer und Schatzmeister Albert Hubertus Neuhaus.

In einem Rechenschaftsbericht über die in den vergangenen zwei Jahren geleistete Arbeit stellte Generalsekretär Fleischer fest, daß die CDU als große Volkspartei mehr denn je die bestimmende Kraft des Landes sei. Die Mitgliederzahl habe um über 10 000 in den

vergangenen zwei Jahren zugenommen und sei auf über 80 000 angewachsen, während die SPD noch hinter ihren Mitgliederzahlen herlaufe, die sie früher einmal gehabt habe.

Trotz Terror und Stammheim kamen die Sachprobleme auf dem Parteitag nicht zu kurz. Ganz im Gegenteil: die Delegierten faßten eine Anzahl wichtiger Beschlüsse und Resolutionen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“, „Familie in Staat und Gesellschaft“ sowie Energiepolitik und Fragen der Europa-Wahlen.

Besonders die Familie muß nach Auffassung der baden-württembergischen Delegierten wieder gestärkt werden. Die CDU müsse es als eine zentrale Aufgabe ihrer Politik betrachten, der Familie aus den bestehenden Schwierigkeiten wieder herauszuhelfen, die größtenteils aus einer verfehlten Gesetzgebung und mangelnde Unterstützung zurückzuführen sei. Ein Staat ohne eine hinreichende Zahl intakter Familien habe keine Zukunft. Dazu bedürfe es einer Reihe flankierender Maßnahmen wie z. B. Bereitstellung familiengerechter Wohnungen, Gewährung von Familiendarlehen und ein Erziehungsgeld für Mütter mit Kleinkindern.

Familie wieder stärken

Mit Sorge wird auf den Geburtenrückgang verwiesen, wonach die Bevölkerung in der Bundesrepublik bis zum Jahre 1990 um fünf Millionen abnehmen wird. Die Zahl der Geburten hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre halbiert. Um so notwendiger sei die Regeneration der Familie.

Knapp abgelehnt wurde die Einführung des gesetzlichen Beteiligungslohnes,

weil dadurch die kleineren und mittleren Betriebe in ihrer gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situation zu stark beansprucht werden. Man einigte sich auf einen Kompromißvorschlag der Jungen Union, wonach eine Einigung auf tarifvertraglicher Regelung angestrebt wird. Erst wenn dabei keine Erfolge erzielt werden, will man auf den gesetzlichen Beteiligungslohn zugehen, erklärte Gerhard Zeitel auf einer Pressekonzferenz. Nach sieben Jahren etwa soll eine Überprüfung stattfinden.

Ein deutliches Ja zur Kernenergie

Als erster Landesverband hat Baden-Württemberg ein umfassendes Papier zur Energiepolitik verabschiedet. Unter Beachtung aller technischen Vorschriften zur Sicherung der Bürger und der Umwelt gebe es keinen Grund, den Bau von Kernkraftwerken nicht voranzutreiben, heißt es in dem Papier.

Die auf hohem Niveau stehenden Diskussionsbeiträge zeigten, daß die CDU dieses Landes dem Anspruch ihres Mottos „Kraft zur Erneuerung“ sehr wohl gerecht wurde. Eine geistige Erneuerung auf den Grundlagen des Christentums. Hans Filbinger sprach von einem Aufbruch zu neuen Ufern.

Auch Helmut Kohl, der am Nachmittag des zweiten Tages mit großem Beifall begrüßt wurde, sprach von dieser Erneuerung. In einer starken kämpferischen Rede stellte er sich entschlossen an die Seite Baden-Württembergs. Er warf der Bundesregierung vor, sie sei in hohem Maße erpreßbar geworden von den Linken in SPD und FDP. „Den Durchbruch zu einem neuen Anfang finden wir nur, wenn diese Regierung abgelöst wird.“

■ BETRIEBSRATSWAHLEN

Hoher Rang für sozialen Frieden

Vom 1. März bis 31. Mai 1978 finden, wie vom Gesetz vorgeschrieben, die Betriebsratswahlen statt. Dazu erklärt der Bundesvorsitzende der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Norbert Blüm:

① Das Mandat eines Betriebsratsmitglieds hat einen hohen gesellschaftspolitischen Wert. Die Bereitschaft vieler Arbeitnehmer, sich um dieses Amt zu bewerben, ist ein Beleg für das Verantwortungsbewußtsein der Arbeitnehmerschaft. Das Mandat des Betriebsratsmitglieds ist nicht Selbstzweck, sondern Hilfe für die Arbeitskolleginnen und -kollegen.

Für die christlich-soziale Bewegung ist es selbstverständlich, daß sich ihre Mitglieder dieser Pflicht stellen.

② Die Sozialausschüsse der CDA wollen starke Gewerkschaften. Eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe ist es, den Betriebsratsmitgliedern zu helfen, ihr Amt sachlich richtig auszuführen.

Die Gewerkschaften sind verpflichtet, für eine Interessenvertretung zu sorgen, die keine demokratische Arbeitnehmergruppe ausschließt. Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft erwartet eine faire Chance.

③ Bei den Betriebsratswahlen muß sich beweisen, daß die Solidarität der Demokraten nicht lediglich ein Lippenbekenntnis ist.

Die Abwehr extremistischer Kräfte von

links und rechts muß das gemeinsame Ziel aller Demokraten in den Betrieben sein.

④ Die politischen Parteien sind aufgerufen, Parteipolitik aus den Betriebsräten herauszuhalten, wie es dem Geist des Betriebsverfassungsgesetzes entspricht.

Das steht nicht im Widerspruch zu der Notwendigkeit, daß gerade politisch engagierte Arbeitnehmer im Betriebsrat und Betriebsratsmitglieder in den Parteien mitarbeiten sollen. Nur so können die Parteien die handfesten Probleme der Arbeitnehmer unverschlüsselt erfahren. Eine Partei, die nicht in der Arbeitswelt verankert ist, hat den Boden der Praxis unter den Füßen verloren.

Betriebsräte müssen von den Parteien gehört und unterstützt werden.

⑤ Es ist nicht Aufgabe der Arbeitgeber, Betriebsräte zu bilden. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß eine Behinderung der Betriebsratswahlen gegen den Geist der Partnerschaft ist. Kein Arbeitgeber sollte stolz sein, wenn in seinem Betrieb kein Betriebsrat ist. Zur Partnerschaft gehören zwei Seiten.

⑥ Die Wirtschaft ist in einer Krise, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit sind gefährdet. In dieser Zeit kommt Betriebsratswahlen hoher Rang für den sozialen Frieden zu. Wir brauchen Solidarität, welche die Gegensätze nicht verwischt, aber Konflikte in sachgemäßer Form löst. Gute Betriebsräte sind gut für alle.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Donnerwetter, Schorsch!

Man meint, sich verlesen zu haben und schaut ein zweites Mal auf die Meldung vom sicherheitspolitischen Kongreß der SPD in Leverkusen. Da heißt es doch tatsächlich, Verteidigungsminister Leber habe sich besorgt über die Zunahme der Wehrdienstverweigerung seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, das die Gewissensprüfung abschafft, geäußert. Außerdem habe er, ohne Zahlen zu nennen, die Ansicht vertreten, daß bei Fortdauer dieser Tendenz bald eine Gefahrenzone erreicht werde, in der der Bedarf der Bundeswehr an Wehrpflichtigen nicht mehr gedeckt werden könne.

Donnerwetter, Schorsch Leber! So schnell und so gründlich hat sich ein führender Politiker hierzulande selten selbst eine schallende Ohrfeige versetzt. Genau mit den gleichen besorgten Worten, die Leber jetzt findet, hatten die Verteidigungspolitiker der Opposition — und nicht nur sie — vor gar

nicht so langer Zeit vor den Folgen der nach langem Hin und Her am 1. August dieses Jahres zustande gekommenen Wehrdienstnovelle gewarnt. Sie sieht unter anderem vor, daß jeder Wehrpflichtige sich mit einer Postkarte beim Kreiswehrrersatzamt selbst vom Wehrdienst befreien kann. Ob er dann zum 18monatigen Zivildienst herangezogen wird, ist keinesfalls gewiß, weil zu wenige geeignete Plätze zur Verfügung stehen; eine durchaus erlaubte Spekulation der Wehrpflichtigen.

Als Leber in der langanhaltenden öffentlichen Debatte über die praktische Abschaffung der Wehrpflicht immer wieder zu hören bekam, es werde eines Tages zuwenig Soldaten für die Bundeswehr geben, konterte er mit dem Hinweis auf die starken Jahrgänge und im übrigen auf die Möglichkeit, die „weiche Welle“ bei Bedarf wieder rückgängig machen zu können. (Darüber werden sich aber seine Fraktionskollegen Hansen, Coppik und andere sehr freuen!) Man hätte dem trefflichen Georg Leber, der ja, trotz aller Nackenschläge, dienstältester NATO-Verteidigungsminister ist, nicht gewünscht, daß er so schnell auf die Nase fiel.

Rheinische Post, 24. 10. 1977

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD

■ INFORMATION

Lebers Äußerungen sind eine Bankrotterklärung

Die Äußerungen, die Bundesverteidigungsminister Georg Leber und der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner am Wochenende vor der wehrpolitischen Tagung der SPD in Leverkusen gemacht haben, stellen Bankrotterklärungen für die Verteidigungspolitik der Bundesregierung dar, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch. Wenn Leber bereits drei Monate nach Inkrafttreten der neuen Wehr- und Zivildienstregelung nicht mehr ausschließen kann, daß der notwendige Bedarf der Streitkräfte an Wehrpflichtigen „in Frage gestellt“ ist, dann gibt er nicht nur der Opposition recht, die das neue Gesetz als „Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht“ bezeichnet hatte, sondern dann gesteht er auch das Scheitern der eigenen Politik ein. Leber hätte sich angesichts der von ihm beschriebenen Lage nun eigentlich an die Seite der CDU/CSU zu stellen und ihre Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mitzutragen (siehe auch Zitat auf Seite 16).

Nicht mit der Arbeitslosigkeit abfinden

Das Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute hat die tiefe Kluft zwischen regierungsamtlichen Wünschen und der bundesrepublikanischen Wirklichkeit unbestechlich offen gelegt, stellt Heiner Geißler fest. Wenn trotz der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Steuerentlastungsmaßnahmen im nächsten Jahr nur ein reales Wachstum des Bruttosozialproduktes von drei Prozent erwartet werden kann und die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1978 „höher sein wird als 1977“, wird das ganze Ausmaß der fehlprogrammierten achtjährigen SPD/FDP-Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich. Diese Entwicklung kann durch den jüngsten Steuerkompromiß im Vermittlungsausschuß nur geringfügig gemildert werden. Die CDU erinnert daran, daß sie diese Entwicklung bereits im Frühsommer dieses Jahres zur Grundlage ihres Vollbeschäftigungsprogramms gemacht hat. Die Feststellung der Institute ist zu unterstreichen: Die Wirtschaftspolitik hat ihre Möglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft. Was damals galt, gilt auch heute: Wir dürfen uns nicht mit einer strukturell verfestigten Massenarbeitslosigkeit abfinden.

(Fortsetzung von Seite 3)

Er muß sich auch den Vorwurf gefallen lassen, in billiger Weise all denen Wasser auf ihre Mühlen zu leiten, die nur darauf warten, freiwillige aber auch unfreiwillig Zeugen für ihre innen- wie außenpolitischen Kampagnen gegen die deutsche Demokratie zu finden.

Ich habe im Bundestag erklärt, daß die Aufforderung des Bundeskanzlers, die Solidarität aller im Kampf gegen den Terrorismus fortzuführen, für alle gelten muß. Ich richte diesen Appell heute erneut an den Bundeskanzler, Sorge zu tragen, daß dies auch für seine Partei gilt.